Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

42 (19.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 42 — Freitag, den 19. Februar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Botschafter Nadolny hat bei der Tagung der Abrüstungskonferenz in eindringlicher Rede die deutschen Abrüstungsvorschläge umrissen.

•

Der Vorstand des Deutschen Landvolkes tritt in einem Aufruf für die Wiederwahl Hindenburgs ein.

•

Der ehemalige König von Sachsen ist in Breslau besorgniserregend erkrankt.

•

Bei einer Saalschlacht zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Weinheim wurden 30 Personen verletzt.

•

Painleve ist vom Präsidenten der Republik mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt worden.

•

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstag in mehrstündigen Beratungen mit einer Ergänzung der Osthilfemaßnahmen, mit Fragen der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsbeschaffung und mit der Frage des Bierpreises.

•

Für das Haushaltsjahr 1932/33 hat die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung einen Jahresdurchschnitt von 5,6 Millionen Arbeitslosen zugrunde gelegt.

•

Die Höhenfahrt des Ballons „Ernst Brandenburg" ist gelungen. Er hat eine Höhe von 9000 Meter erreicht, sodaß der Zweck der Höhenfahrt erfüllt sein dürfte.

•

Der japanische Oberkommandierende bei Schanghai hat den Chinesen ein neues befristetes Ultimatum übersandt, in dem die Zurückziehung der chinesischen Truppen auf 20 Kilometer von der Stadt, Schleifung der Wusungforts und die Räumung der gesamten Frontlinie bis Samstag sieben Uhr verlangt wird.

•

Es verlautet in maßgebenden Kreisen des amerikanischen Staatsdepartement, daß die amerikanische Regierung die neugebildete unabhängige mandschurische Regierung in keinem Fall anerkennen werde, da sie von den japanischen Militärbehörden gewaltsam eingesetzt sei.

•

Die chinesische Regierung hat in einer neuen Note an den Völkerbund erklärt, daß sie auf der Grundlage der bekannten fünf Punkte bereit sei, in Verhandlungen mit Japan zur Regelung des Konfliktes einzugehen.

Mißtrauensanträge im Reichstag

Berlin, 18. Febr. Zu Beginn der Plenarverhandlungen des Reichstages in der nächsten Woche werden die **Nationalsozialisten** einen **Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett Brüning** und einen Antrag auf **Auflösung des Reichstages** einbringen. Gleichartige Anträge sind von den **Deutschnationalen** zu verzeichnen. Die **Kommunisten** haben bereits am Mittwoch einen Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett und einen besonderen gegen Minister **Gröner** eingebracht. Der Aeltestenrat des Reichstags, der für Montag einberufen ist, wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob diese Mißtrauensanträge mit der Beratung über den Termin für die Reichspräsidentenwahl, der vorläufig als einziger Punkt auf der Tagesordnung der ersten Reichstagssitzung am Dienstag steht, verbunden werden sollen, oder ob die Mißtrauensvoten als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. weiter erfährt, ist bisher nicht vorgesehen, daß die große politische Aussprache etwa durch längere Darlegungen des Reichskanzlers Dr. Brüning eingeleitet wird, es ist vielmehr beabsichtigt, daß **nur Reichsinnenminister Gröner zu Beginn der Sitzung das Wort nimmt,** um den Vorschlag der Reichsregierung zur Präsidentenwahl zu begründen. Dr. Brüning hält sich jedoch zum Eingreifen in die Debatte bereit. Je nach dem Verlauf der Aussprache werden der Reichskanzler oder auch andere Regierungsmitglieder das Wort nehmen.

Das Schicksal des Kabinetts Brüning wird wieder, wie schon mehrmals im wesentlichen von der Haltung der Deutschen Volkspartei, des Landvolks und der Wirtschaftspartei gegenüber den Mißtrauensanträgen abhängen.

*

Gesetzentwurf über das Zugabewesen verabschiedet

Berlin, 18. Febr. Der Reichsrat verabschiedete am Donnerstag abend den Gesetzentwurf über das Zugabewesen. Er verbietet Zugaben, läßt aber eine Reihe von Ausnahmen zu. Auch die Abonnentenversicherung soll von dem Verbot ausgenommen sein.

Von verschiedenen Seiten ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht worden. Das Haus ist aber beschlußunfähig. Die nächste Sitzung wird auf Freitag 3 Uhr angesetzt. Fortsetzung, dann Große Anfrage betr. Wohnungsbau.

Abrüstungsaussprache

Botschafter Nadolny begründet die deutschen Abrüstungsvorschläge

Genf, 18. Febr. Auf der Tagung der Abrüstungskonferenz begründete **Botschafter Nadolny** in längerer, eindringlicher Rede **die deutschen Abrüstungsvorschläge** und führte dabei u. a. aus: Es lag vielleicht für Deutschland nahe, einfach die gesamten Versailler Bestimmungen über die Entwaffnung Deutschlands in einem entsprechenden Konventionsentwurf zusammenzustellen und als **deutschen Gesetzentwurf** vorzulegen. Wir wollen dazu beitragen, daß diese Konferenz zu einem positiven Ergebnis führt. So haben wir, ohne die Grundlage der Versailler Bestimmungen zu verlassen, **nur die Hauptgrundsätze dieser Bestimmungen vorgelegt,** deren Anwendung für alle Staaten wir als möglich erachten. Außerdem haben wir noch Vorschläge hinzugefügt, die nach unserer Ansicht eine **Abrüstung wirksam und nachhaltig** machen können. Unsere derart zustande gekommenen Vorschläge umfassen das ganze Gebiet der Abrüstung. Nadolny legte darauf die deutschen Abrüstungsvorschläge zu Lande, zur See und in der Luft eingehend dar. Der Botschafter betonte: Die Konferenz muß **sowohl die qualitative, wie die quantitative Abrüstung mit aller Energie und mit den richtigen Methoden in Angriff nehmen.** Wir sind zusammengekommen, um **die allgemeine Abrüstung zu vereinbaren.** Die Vereinbarung soll für uns alle gelten, also auch für Deutschland. **Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes, ist ausdrücklich als vollberechtigtes Mitglied in ihn aufgenommen worden. Für seine Rüstungen hat darum in gleicher Weise wie für alle anderen Mitglieder der Artikel 8 des Völkerbundsstatutes maßgebend zu sein.** Die Konferenz wird sicherlich nicht annehmen wollen, daß auf ein Bundesmitglied andere Vorschriften Anwendung finden könnten als die im Text vorgesehenen. Im übrigen hat vor einigen Tagen der Vertreter **Ungarns,** der verehrte Graf Apponyi mit unübertrefflicher Klarheit nachgewiesen, **daß die Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge durch die nach Artikel 8 abzuschließende neue Konvention abgelöst werden müssen. Ich kann mich seinen Ausführungen nur anschließen und darf hinzufügen, daß es keine Bestimmung im Vertrage von Versailles gibt, die diese Sachlage ändern könnte.** Dabei fällt es mir auch schwer, zu glauben, daß der Völkerbund einen Zustand weiter bestehen lassen sollte, bei dem ein Mitglied seines Rates, das sich mit seiner ganzen Geltung für die Zwecke des Bundes eingesetzt hat, auf einen der wichtigsten Tätigkeitsgebiete des Bundes einer besonderen Beschränkung unterliegt.

Deutschland ist bereit unter der Voraussetzung, daß die abzuschließende Konvention für uns die gleiche Bedeutung hat, wie für alle anderen Staaten, alles daran zu setzen, um die Aufgabe der Konferenz zu lösen. Deutschland ist auch bereit, gegenüber den anderen Staaten auf das Bedürfnis nach ihrer nationalen Sicherheit, nach der sich bekanntlich das zuzulassende Maß ihrer Rüstung zu bestimmen hat, jede Rücksicht zu nehmen, soweit sie im Rahmen des Artikels 8 des Statuts, d. h. unter der **Voraussetzung einer tatsächlichen allgemeinen Abrüstung** und unter Berücksichtigung seiner eigenen nationalen Sicherheit möglich ist.

Allgemein kann und darf das Bedürfnis nach Sicherheit die Abrüstung nicht verhindern, denn auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Sicherheit in erster Linie durch eine weitgehende allgemeine und daher möglichst gleichwirkende Abrüstung gewährleistet wird. Wer nur kleine Kanonen hat, kann nicht mit großen schießen und wer nicht einmal einen Revolver besitzt, kann überhaupt nicht schießen. Das ist doch eine einfache Logik. Ich erinnere daran, daß im **Schlußprotokoll von Locarno** bereits zum Ausdruck gekommen ist, daß man die Zeit zur Verwirklichung der Abrüstung für gekommen erachtet, und daß der **Völkerbund schon im Jahre 1928** ausdrücklich festgestellt hat, **daß der Stand der allgemeinen Sicherheit eine Herabsetzung der Rüstungen gestatte.** Nun haben wir jetzt den Antrag der französischen Delegation auf Schaffung einer allgemeinen Polizeimacht erhalten. Wir werden den Vorschlag auch unsererseits mit aller Aufmerksamkeit prüfen.

Es ist hier zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Konferenz **keine Friedenskonferenz** sei. Ich kann mich dieser Ansicht nicht anschließen. In unseren Augen ist sie eine Friedenskonferenz und zwar deshalb, weil sie **eine der wichtigsten Friedensgrundlagen herstellen und sichern soll** zu einer Zeit, in der die ganze Welt von einer noch nie dagewesenen Krise erschüttert wird. Wir müssen eine Vereinbarung finden, die für die besonderen Verhältnisse eines jeden unter uns Raum läßt, aber die grundsätzlich so beschaffen ist, daß wir alle sie unterzeichnen können, und die allein die Magna charta für den Stand unserer Rüstungen und damit für den Stand unserer Sicherheit ist. Der gute Wille Deutschlands wird dabei nicht fehlen.

Nach dem deutschen Delegierten sprachen der frühere bulgarische Ministerpräsident **Malinoff,** der Vertreter Australiens, Generalmajor Sir **Granville,** und der Vertreter der Republik **Haiti.** Flinoff erhob die Forderung Bulgariens auf **militärische Gleichberechtigung** und wies auf die politische Unsicherheit hin, in der sich sein Land befinde. Sir Granville befürwortete eine wirksame Abrüstung vor allem zur See. Der Vertreter Haitis wies auf die schwierige außenpolitische Lage seines Staates hin.

•

Die deutschen Abrüstungsvorschläge

Zur Abrüstung

Genf, 18. Febr. Die deutschen Abrüstungsvorschläge sind veröffentlicht und in der Abrüstungskonferenz von Botschafter Nadolny begründet worden. Die Vorschläge selbst zerfallen in eine einleitende **Denkschrift** und die **Aufzählung der die Landstreitkräfte, Seestreitkräfte, die Luftrüstungen und allgemeinen Bestimmungen** sowie **Uebergangsbestimmungen betreffenden eigentlichen Vorschläge.**

In der **einleitenden Denkschrift** wird darauf hingewiesen, daß Deutschland bereits entwaffnet sei und daß die deutsche Entwaffnung als richtunggebend für die Abrüstung sämtlicher Mitglieder angesehen werden müßte, um so mehr, **als der Völkerbund nur aus gleichberechtigten Mitgliedern bestehen könne.** Es wird sodann daran erinnert, daß die Mängel und Lücken des Entwurfs der **vorbereitenden Abrüstungskommission** die deutsche Regierung zur Ablehnung des Entwurfs gezwungen haben, und es werden die Gründe für diese Ablehnung noch einmal wiederholt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vorschläge der deutschen Regierung auf dem Grundsatz beruhen, daß künftig **nur ein für alle Staaten in gleicher Weise geltendes Abrüstungssystem bestehen könne.** Schließlich wird erklärt, daß die deutsche Regierung nur eine solche Konvention für annehmbar halte, deren Bestimmungen für sie in gleicher Weise wie für die anderen Staaten gelten würden.

•

Einzelheiten des deutschen Vorschlages

Die nun folgenden **Vorschläge** sehen für die **Landstreitkräfte** im Prinzip die **Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht,** und, soweit diese nicht erfolgt, die angemessene **Bewertung der ausgebildeten Reserven,** ferner eine möglichst genaue **Festsetzung des Prozentsatzes an Offizieren** und eine **Ausschaltung der militärischen Verbände von Polizei, Gendarmerie und ähnlichen Formationen** vor. Hinsichtlich des Materials der **Landrüstung** wird Verbot der schweren Geschütze außerhalb der Festungen, Beschränkungen des Kalibers der Geschütze innerhalb der Festungen und der Minenwerfer, sowie Verbot jeglicher Kampfwagen verlangt, ferner Festsetzung der jedem Staat zuzubilligenden Art und Menge der erlaubten Waffen. Hinsichtlich der **Befestigungen** wird deren Anlage und Unterhaltung verboten, soweit sie wegen ihrer Nähe zu Landesgrenzen eine unmittelbare Bedrohung des Nachbarstaates darstellen. Bezüglich der **Seestreitkräfte** wird eine Höchsttonnage von 10 000 Tonnen mit Geschützkalibern von höchstens 280 Millimeter, ein völliges Verbot von Flugzeugmutterschiffen und Unterwasserfahrzeugen vorgeschlagen, sowie für Linienschiffe, Kreuzer und Zerstörer Höchsttonnagegrenzen festgesetzt, schließlich eine Festsetzung des nicht schwimmenden Materials nach Art und Menge gefordert. Das Personal der Marine soll nur im Wege freiwilliger Verpflichtung rekrutiert und Offiziere und Deckoffiziere ein bestimmter Prozentsatz festgesetzt werden. **Küsten-Befestigungen** sollen bestehen bleiben, jedoch sollen Befestigungen, die natürliche Wasserstraßen beherrschen, verboten werden. Die **Luftstreitkräfte** sollen vollständig verboten und das gesamte militärische, in Reserve und auf Lager befindliche Material der Luftstreitkräfte soll zerstört werden. Ferner soll jede Ausbildung und Fortbildung für Luftfahrt militärischen Charakters, Ausbildung und Tätigkeit von Wehrmachtangehörigen in der Zivilluftfahrt, Bau und Unterhaltung von gepanzerten oder irgendwie mit Einrichtungen für kriegerische Zwecke versehenen Luftfahrtzeugen, sowie allen militärischen Zwecken dienende Beziehungen zwischen Militär- und Marine-Verwaltung und der Zivilluftfahrt verboten werden.

Die **allgemeinen Bestimmungen** der deutschen Vorschläge enthalten das **Verbot der militärischen Verwendung von Gasen,** des Bakterienkrieges, sowie die Vorbereitung und Verwendung dieser Kampfmittel. Ferner wird ein **Ein- und Ausfuhrverbot von Kriegswaffen,** Munition und Kriegsgerät mit gewissen Ausnahmen zugunsten der Staaten ohne eigene Waffenfabrikation gefordert, schließlich eine Regulierung der privaten und staatlichen Herstellung von Kriegswaffen und Munition verlangt. Bezüglich der **Ausgabenbeschränkung** wird nach Art. 8 der Völkerbundssatzung ein offener und erschöpfender Austausch von Angaben über die Rüstungsausgaben zwischen den einzelnen Staaten vorgeschlagen und die budgetäre Rüstungsbeschränkung abgelehnt. Die Durchführung und Einhaltung der Abrüstungsbestimmungen soll durch ein für alle Staaten **gleiches Verfahren der Ueberwachung** sichergestellt werden.

•

Die Aufnahme der deutschen Vorschläge

Genf, 18. Febr. Bei den Delegationen ist die Aufnahme der deutschen Vorschläge ausgesprochen freundlich. Das gilt namentlich von dem Eindruck der russischen Delegation und bei den neutralen kleinen Mächten. Die Italiener meinen, die Vorschläge seien sehr gut, äußern aber Zweifel, ob diese Forderungen insgesamt auf der Konferenz durchgesetzt werden können. Aus Kreisen der amerikanischen Delegation verlautet, daß der erste Eindruck günstig sei. Die Franzosen sind überzeugt, daß neben dem französischen Memorandum diese deutschen Vorschläge den Hauptgegenstand der künftigen Arbeiten der Konferenz bilden, aber von ihnen abgelehnt werden müßten. In englischen Konferenzkreisen wird betont, daß man die deutschen Vorschläge in der gleichen Weise wie das französische Memorandum eingehend prüfen werde.

Das Journal de Geneve faßt den Eindruck der deutschen Vorschläge folgendermaßen zusammen: Ein Maximum an Forderungen mit einem Minimum an Schärfe. Der deutsche Standpunkt ist von Herrn Nadolny mit Geschick, mit Höflichkeit und in dem Geiste der bisherigen Aussprache vorgetragen worden. Zwischen Frankreich und Deutschland seien die Meinungsverschiedenheiten über die Grundsätze, die Ausgangspunkte und die Ziele ungeheuer.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Der Rüstungsstand der Sowjetunion

Die russische Regierung hat die Angaben über ihren Rüstungsstand veröffentlicht. Die Gesamtsumme der russischen Effektivbestände zählt 562 000 Mann, wovon 501 309 auf Landstreitkräfte, 28 658 auf die Luftschiffahrt und 29 039 auf die Marine entfallen. Der Mannschaftsbestand der OGPU. beläuft sich auf insgesamt 45 390 Mann. Die Zahl der russischen Kriegsflugzeuge wird mit 750 angegeben. Die russische Marine besteht u. a. aus zwei Kreuzern, 17 Torpedobooten, 16 Unterseebooten, 2 Minenlegern und 6 Minensuchern, ferner 4 Schulschiffen. Die Budgetausgaben der Sowjetregierung für militärische Zwecke betragen insgesamt 1290 Millionen Rubel jährlich.

*

Ein Gegenstoß gegen die deutschen Abrüstungsvorschläge.

T.U. **Genf**, 18. Febr. Wie von unterrichteter Seite verlautet, beabsichtigen die Abordnungen von Frankreich, Belgien, Polen, Finnland und der Kleinen Entente als Gegenvorstoß gegen die deutschen Abrüstungsvorschläge einen neuen gemeinsamen Antrag einzubringen, der in schroffem Gegensatz zu den deutschen Vorschlägen als Hauptpunkt der allgemeinen Abrüstung Ueberwachung der Herabsetzung der Heeresausgaben aller Staaten fordert.

*

Paul Boncour gegen die deutschen Abrüstungsvorschläge. — Die Stellungnahme Englands.

T.U. **Genf**, 18. Febr. Der Führer der französischen Abordnung, Paul Boncour, erklärte am Donnerstag der Presse, daß die deutschen Vorschläge der Form nach zwar durchaus gemäßigt seien, inhaltlich jedoch für Frankreich völlig unannehmbar wären, insbesondere, da die deutsche Regierung die von England und den Vereinigten Staaten grundsätzlich bereits angenommenen Abkommensentwurf des Völkerbundes als Verhandlungsgrundlage ablehne.

Dagegen wird vonseiten der englischen Abordnung hervorgehoben, daß die deutschen Vorschläge durchaus die Tür für weitere Verhandlungen offen ließen und daß einige Punkte der deutschen Vorschläge annehmbar seien, während andere Punkte, wie die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, Abschaffung der Festungen und einige Flottenvorschläge nicht durchführbar wären.

Völkerbund gegen Japan

Ein durchsichtiges Manöver — Trotzdem Erregung in Tokio

Zum erstenmal seit dem Beginn des japanisch-chinesischen Krieges hat der Völkerbund es für nötig gehalten, einen Appell ausschließlich an Japan und nicht gleichzeitig auch an China zu richten mit der Mahnung, den kriegerischen Operationen ein Ende zu bereiten. Die bisher übliche paritätische Behandlung der beiden Gegner war sinnwidrig und heuchlerisch. Denn ob es der Völkerbund will oder nicht: Japan ist der Angreifer. Das japanische Heer hat China überfallen und führt auf chinesischem Boden einen Eroberungskrieg reinsten Stils. Die japanischen Militärs wagen es, von den Chinesen Räumung chinesischer Städte zu verlangen. Wie unter diesen Umständen gleichzeitig die Japaner und Chinesen aufgefordert werden können, dem Krieg ein Ende zu bereiten, war nur dem Völkerbund klar. Daß dieser klare Blick durch eine japanfreundliche Brille besonders erhellt wird und erhellt bleibt, ist ein Kapitel für sich.

Der an sich recht lahme Appell des Völkerbundes hat in Tokio große Erregung verursacht. Die Herren von Genf sind außer sich vor Angst, daß diese Erregung noch stärker werden könnte. Deshalb sind sie dabei, den Rückzug anzutreten und hiermit zu bekunden, daß ihre ganze Unternehmung nur dazu da war, um die Weltöffentlichkeit irrezuführen und vor allen Dingen den chinesischen Widerstand zu brechen. Aber die Genfer Meister der hohen politischen Kunst irren sich, wenn sie glauben, auch nur noch einen einzigen unvoreingenommenen Menschen auf dem Erdball an der Nase herumführen zu können.

Aber jeder Heuchelei und Lügenhaftigkeit setzt die letzte Großtat des Ratsvorsitzenden die Krone auf. Als er nämlich von dem japanischen Delegierten gefragt wurde, was es bedeuten soll, daß der Appell des Völkerbundes ausschließlich an Japan gerichtet ist, kam die Antwort: dies sei darauf zurückzuführen, daß Japan eine Großmacht und dazu ständiges Ratsmitglied sei und daher eine größere Verantwortung trage.

Diese Antwort des Herrn Paul Boncour ist niederschmetternd. Sie zeigt einen Tiefstand des politischen Denkens, wie man es kaum je in neuerer Zeit erlebte. Der Ratsvorsitzende sah sich nicht in der Lage, Japan die Wahrheit zu sagen und mußte zu lächerlichen Ausreden die Zuflucht nehmen. Zwar weiß die ganze Welt, daß Japan einen Angriffskrieg führt, aber der Völkerbund weiß es nicht. Es muß allerdings festgestellt werden, daß China seinerseits nichts getan hat, um eine klare Entscheidung herbeizuführen. Die sogenannte „nationale" Regierung Chinas ist im Innern ihres Herzens japanfreundlich, wobei hier nicht untersucht werden soll, wodurch eigentlich diese Japanfreundlichkeit bei den einzelnen Kabinettsmitgliedern hervorgerufen und genährt wird... Wie dem auch sei: Der Krieg in China ist eine Tatsache, und an dieser Tatsache geht der Völkerbund mit allen Kräften vorbei, auch mit seinem letzten Appell an Japan. Es ist ein unwürdiges Spiel, ein vernichtendes Spiel, das in Genf gespielt wird. Die Verantwortung trifft sämtliche Beteiligten ohne jegliche Ausnahme.

*

Proklamation der unabhängigen Mandschurei

Tokio, 18. Febr. (Reuter.) Die Mandschurei ist zum unabhängigen Staat proklamiert worden.

Die Mandschurei wurde als unabhängiger Staat in Mukden auf Grund verschiedener Besprechungen der chinesischen Führer proklamiert. Die neue Regierung **wird die Mitte zwischen einer Republik und einer Monarchie unter einem Regierungschef auf Lebenszeit halten.** Der neue Staat soll die Provinzen Mukden, Kirin, Heilunkiang und den Distrikt Jehol umfassen.

Das japanische auswärtige Amt bemerkte in einem Kommentar, daß Japan nicht beabsichtige, den neuen Staat anzuerkennen, wenn er nicht alle Garantien für seine staatliche Unabhängigkeit biete.

*

Die chinesisch-japanischen Verhandlungen gescheitert

London, 18. Febr. Wie die Blätter aus Schanghai berichten, sind die Verhandlungen, die heute vormittag zwischen chinesischen und japanischen militärischen Führern stattfanden, gescheitert. Das Zustandekommen dieser Verhandlungen war auf die diplomatischen Bemühungen der auswärtigen Mächte zurückzuführen.

China zu erbittertem Widerstand bereit

Schanghai, 18 Febr. Ein Netz von Schützengräben wird längs der gesamten Eisenbahnlinie Tientsin–Pukau und an anderen Bahnstrecken ausgehoben, das eine Länge von 1000 Meilen haben wird. Die chinesischen Führer erklären **sie seien entschlossen, den Japanern überall erbitterten Widerstand zu leisten.** — Die Japaner beschlossen, weitere Divisionen nach Schanghai zu senden

*

Der britische Kriegsminister über die Lage in Schanghai.

T.U. **London**, 18. Febr. Im Oberhaus fragte Lord Ponsonby, was die Regierung zum Schutze der englischen Staatsangehörigen in Schanghai zu tun gedenke und ob der Völkerbund angesichts der gegenwärtigen Lage eine Entscheidung getroffen habe.

Der Kriegsminister Lord Hailsham erklärte, daß die Lage in Schanghai der englischen Regierung schwere Sorge bereite. Die dortigen Ereignisse ließen sich tatsächlich mit dem Neunmächteabkommen und dem Kelloggpakt schwer in Einklang bringen. Die Gefahr für die internationale Niederlassung sei noch nicht vorüber. Falls es nötig sein sollte, würde eine Räumung Schanghais in Erwägung gezogen werden müssen, aber es sei sehr schwierig und würde die schwersten Nachteile mit sich bringen. Die englische Regierung wolle keine Entscheidungen treffen und auch zur Frage der Verantwortlichkeit für die bedauerlichen Vorfälle keine Ansicht äußern, bis beide Parteien Gelegenheit gehabt haben, ihre Auffassungen darzulegen und der Völkerbund die Möglichkeit gehabt habe, die strittigen Fragen zu klären.

Hiermit hat Lord Hailsham zum Ausdruck gebracht, daß England zunächst von Zwangsmaßnahmen nichts wissen will.

Rätselraten um die franz. Kabinettsbildung

Paris, 18. Febr. Die Presse ist der Ansicht, der Präsident der Republik werde mit der Kabinettsbildung eine Persönlichkeit betrauen, die die Garantie für eine rasche Verabschiedung des Haushalts bietet und der imstande ist, die Wahlen in sachlicher Weise durchzuführen.

In diesem Zusammenhang nennt man vor allem den 75jährigen linksrepublikanischen Abgeordneten **Leygues**, der schon bereits einmal Ministerpräsident und wiederholt Marineminister war. Ferner werden Senator **Barthou**, Senator Jeannenen, der Abgeordnete **Painleve** und Paul **Boncour** genannt, den Senatoren Sarraut und Steeg sowie dem ehemaligen Haushaltsminister Germain Martin von der radikalen Linken, der mit den Senatoren Steeg und de Jouvenel ins Elysee berufen wurde, gibt man weniger Chancen. Ausschlaggebend für die Lösung der Krise dürften die Besprechungen des Präsidenten mit **Tardieu** sein, da allgemein gewünscht wird, **daß Tardieu Kriegsminister bleibt, um Frankreich weiterhin auf der Abrüstungskonferenz zu vertreten.**

„Echo de Paris" glaubt voraussagen zu können daß dem Präsidenten der Republik vielleicht **ein Ministerium Laval ohne Laval an der Spitze**, d. h. unter Vorsitz von Tardieu oder Flandin oder Reynaud als letzte Lösung bleiben wird. Es sei nicht unmöglich, daß dabei **Laval Außenminister bleibt.** Tardieu und Laval hätten stets einander in die Hände gearbeitet.

Painleve mit der Bildung des Kabinetts beauftragt

Paris, 18. Febr. Der Abgeordnete Painleve erklärte Pressevertretern: **Der Präsident der Republik hat mich mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt. Ich habe ihm eine möglichst baldige endgültige Antwort versprochen**, vielleicht schon für heute abend, obwohl ich das noch nicht ganz sicher weiß; denn die Lage muß genau geprüft werden. Ich werde jetzt die üblichen Demarchen unternehmen und zunächst dem Senatspräsidenten und dem Kammerpräsidenten einen Besuch abstatten, alsdann werde ich **mit Laval und Tardieu sprechen.**

Painleve nimmt endgültig an. — Verhandlungen mit Tardieu.

T.U. **Paris**, 18. Febr. Painleve hatte in den späten Abendstunden des Donnerstag eine über eineinhalb Stunden dauernde Unterredung mit dem Staatspräsidenten, in deren Verlauf er den ihm erteilten Auftrag zur Regierungsbildung endgültig annahm. Beim Verlassen des Elysee erklärte er, daß er im Laufe des Freitag versuchen werde, sein Kabinett zu bilden.

In bestunterrichteten Kreisen wird betont, daß der Erfolg oder Mißerfolg der Bemühungen Painleves ganz allein von der Haltung Tardieus abhänge, der sich bisher noch nicht klar über seine Absichten geäußert hat. In verschiedenen Linkskreisen wird sogar betont, daß er an der Entschließung der Marin-Gruppe, die sich gegen Painleve als Ministerpräsident richtete, nicht unbeteiligt gewesen sei. In parlamentarischen Kreisen betont man mit besonderer Sicherheit, daß Tardieu ein lebensfähiges Kabinett auf die Füße stellen könnte, wenn er damit beauftragt würde.

Painleve hat sich vom Elysee aus sofort in seine Privatwohnung begeben, wo er noch in den Nachtstunden den bisherigen Kriegsminister Tardieu empfangen hat.

Südamerikafahrten des „Graf Zeppelin"

Friedrichshafen, 17 Febr. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" führt folgende Südamerikafahrten aus:

Abfahrten in Friedrichshafen am Sonntag, den 20. März, den 3. April, den 17 April und 1. Mai, je früh 12.30 Uhr.

Landung in Pernambuco am Dienstag, den 22. März, den 5. April, den 19. April und 3. Mai, je 22.30 Uhr.

Abfahrten in Pernambuco am Freitag, den 25. März, den 8 April, den 22. April und den 6. Mai, je früh 12.30 Uhr.

Landung in Friedrichshafen am Montag, den 28. März, den 11. April, den 25. April und den 9. Mai.

In der Zeit vom August bis November werden sechs weitere Südamerikafahrten ausgeführt. Die Termine hierfür sind noch nicht bestimmt.

Der Fahrpreis für eine Strecke Friedrichshafen—Pernambuco oder Pernambuco—Friedrichshafen beträgt je 2000 Mark. Bei Hin- und Rückfahrt tritt beim Fahrpreis 20 Prozent Ermäßigung ein.

Bei den Südamerikafahrten befördert das Luftschiff außer Post auch Fracht in beschränktem Umfang. Es kostet das Kilo Fracht 10 Mark.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[35

Er küßte sie innig.

„Mir wird es auch sehr schwer; doch es ist vielleicht ganz gut, Elfenkind. Wenn ihr zurückkehrt, dann dauert es nicht mehr lange und — du bist bei mir in Rheinsbergh."

„Ja! Ich — liebe dich, Dietrich! Warum liebe ich dich so sehr? Mir ist es jetzt, als wärest du mir von Anfang an bestimmt gewesen. Und — es wäre ja auch gar kein anderer Mann als mein Gatte in Frage gekommen", sagte Elme zärtlich.

Er drückte sie fest an sich.

Wie er diese zärtliche Stimme liebte, wie ihn ihre ganze junge Schönheit berauschte! Wenn sie wüßte, wie er den Tag ihrer Vereinigung herbeisehnte!

Frau von Löwenried ging an der Tür vorüber.

Das war das Zeichen, daß Rheinsbergh nun gehen mußte. Noch einmal preßte er seine Lippen auf den jungen Mund:

„Gute Nacht, mein süßes Mädel! Schlaf gut, und morgen früh hole ich dich ab. Dann machen wir einige Besuche und bummeln ein Weilchen die Königsallee hinaus."

„Gute Nacht, Dietrich. Ich will immer an dich denken und mich auf morgen freuen."

Kurz darauf fuhr Rheinsbergh mit seinem Onkel nach seinem Besitztum hinaus.

* * *

Die wenigen Tage bis zur Abreise waren ihnen wie im Fluge vergangen. Und nun war es Sonnabend, und Rheinsbergh brachte die Damen in seinem bequemen Wagen zur Bahn, während die Kutsche der Geheimrätin mit dem Gepäck vorausgefahren war.

Hanna und Grete wußten sich nicht zu fassen vor Freude, als sie ihre Verehrer auf dem Bahnsteig erkannten. Die waren mit Blumen und Konfekt beladen und begrüßten scheinheilig die Frau Geheimrat: Grüße von daheim bestellend.

Da diese aber wirklich eine sehr kluge Dame war, schenkte sie den beiden Herren nicht sehr viel Aufmerksamkeit, sondern studierte eifrig die Abfahrtzeiten.

Freudiges Geflüster, Händedrücke, Kriegsplan, wie man auch weiterhin in Verbindung bleiben konnte, ohne daß es auffiel, war hinter ihr zu vernehmen.

Frau von Löwenried lächelte. Diese Freier waren ihr recht. Also würde sie ihnen die Freude nicht verderben, wenn sie auch nach außen hin die strenge Mutter sein mußte. Sie war mit den Eltern der Herren gut befreundet, und die Verhältnisse waren durchaus passend.

Rheinsbergh und Elme standen dicht beieinander. Elme sah sehr blaß aus. Ihre Hand, die in der des Mannes ruhte, zitterte.

„Um was bangst du dich, Kleines? Die paar Wochen werden dir gut bekommen. Und unter Tante Adelheids Schutz bist du gut aufgehoben", sagte Rheinsbergh und streichelte die kleine, zitternde Hand.

Der Zug wurde sichtbar.

„Zurücktreten", erscholl die Stimme des Beamten laut und warnend.

Rheinsbergh schloß Elme in die Arme.

„Leb wohl, Liebling, ich werde jede Minute an dich denken."

Das reservierte Abteil nahm die Damen auf. Der Gepäckträger beförderte das Gepäck in den Wagen.

Noch ein letzter Händedruck, dann fuhr der Zug aus der Halle.

Rheinsbergh lief noch eine Strecke nebenher; sein Blick suchte denjenigen Elmes. Darauf blieb er stehen. Elme winkte zurück, dann war nur noch ein kleines, weißes Wölkchen zu sehen, das drüben verschwand.

Rheinsbergh fuhr sofort wieder nach seinem Gut hinaus. Er traf zwar vorher noch den Bankier Gerlach, der ihn dringend zu einem Frühstück einlud; aber Rheinsbergh nahm es nicht an, trotzdem er wußte, daß das den kleinen, beweglichen Herrn sehr kränken würde. Aber heute konnte er nicht in Gesellschaft sein. Der Bankier war schwer verärgert.

„Nun sag' ich Ihnen aber auch den Rat auf die Aktien nicht. Nun machen Sie nur ruhig das Falsche", sagte er, als er sah, daß Rheinsbergh fest blieb.

Der lachte.

„Ein anderes Mal gern, lieber Gerlach."

Und Dietrich von Rheinsbergh stürzte sich in die Arbeit. Das half am besten über alle törichte Sehnsucht hinweg.

* * *

Das bunte Leben von Zoppot hatte die Damen aufgenommen. Sie wohnten sehr hübsch und konnten von ihren Zimmern aus das ganze Badeleben überblicken.

Hanna und Grete waren faul und kamen meist erst gegen neun Uhr herunter.

Aber Elme lief schon um sechs Uhr an den Strand. Tante Löwenried war gleichfalls eine Frühaufsteherin und begleitete ihren Schützling gern. Sie saß dann im Strandkorb, da sie die Sonne nicht gut vertrug, und sah dem Leben und Treiben zu.

Elme badete etwas abseits von den anderen; trotzdem war sie den neugierigen, bewundernden Blicken ringsum preisgegeben. Ihr herrlicher junger Körper tauchte aus dem Wasser auf wie etwas Ueberirdisches. Unbekümmert um alles, lief sie dann schnell zu dem Strandkorb hin zur Tante Adelheid, und zog sich an. Tante Adelheid hatte schon den Schirm bereitgelegt, und Elme legte sich in den weißen Sand.

Sie sah dann zum blauen Himmel hinauf; ihre Blicke folgten den Wolken, die wie kleine, weiße Lämmer eilig dahinzogen. Sie dachte an den geliebten Mann. Seine täglich mit pünktlicher Genauigkeit eintreffenden Briefe waren ihr ein Heiligtum. Und sie las sie viele, viele Male. Sie schrieb gleichfalls jeden Tag; diese Stunde, in der sie täglich die Briefe schrieb, war ihr eine Feierstunde!

(Fortsetzung folgt.)